

**BRIGITTE BREMER**

Präses

Burgerstr. 3

61476 Kronberg i. Ts.

T 06173 3949630

F 06173 3949630

M 0173 3130273

bremer@liberale-akademiker.de

# rundbrief

2 – 2015

Liebe Conseniorinnen und Consenioren,  
mit „Guten Morgen Herr Schollwer, Ihr Taxidienst ist da“ begann für unseren ältesten Teilnehmer das diesjährige Pfingstseminars. Mit 93 Jahren wollte sich Wolfgang Schollwer die Festlichkeit zum 60. Geburtstag des Verbandes Liberaler Akademiker in der Berlin nicht entgehen lassen. Und so ging es rund 150 Mitgliedern, Gästen und Freunden, die alle zur Feierlichkeit in die Parochialkirche nach Berlin Stadt-Mitte kamen.

Als Festredner sprachen die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Prof. Dr. Andreas Paulus, Mitglied des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts (den wir auch als neues Mitglied begrüßen dürfen). Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat sich dem Thema „Digitalisierung – neue Herausforderungen für die Selbstverantwortung“ gewidmet, während Prof. Andreas Paulus sich der Frage nach der „Nachhaltigkeit des liberalen und demokratischen Rechtsstaats“ zuwendete. Auch die Studentengruppe des Jahres wurde im Rahmen des Festaktes ausgezeichnet. Schöne Momentaufnahmen dieses Abends

finden Sie auf unserer neuen Webseite:  
[www.liberale-akademiker.de](http://www.liberale-akademiker.de).

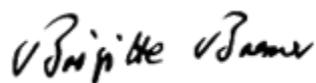
Das ganze Pfingstseminar stand unter dem Motto „Nachhaltigkeit“ und fand in den Räumlichkeiten der Europäischen Akademie Berlin, eine Villa, die in den 1920er Jahren als Landhaus für den damaligen Generaldirektor der Maggi GmbH diente, im Grunewald statt. Bei guter Laune, schönem Wetter gelang es den Referenten den über 70 Seminarteilnehmern, einen umfassenden Überblick zu dem Thema: „Brücken in die Zukunft – Nachhaltigkeit als Grundprinzip“ zu geben. In dieser Ausgabe des Rundbriefs gibt es eine kurze Zusammenfassung der Vorträge. Wenn Sie an einer schönen und ausführlichen Dokumentation mit tollen Fotos von Prof. Dr. Bernd Markert interessiert sind, können Sie ihn dafür unter folgender E-Mail kontaktieren: [markert@schlundmail.de](mailto:markert@schlundmail.de).

Mit großer Freude hat der VLA wahrgenommen, dass die LHG erstmalig mit dem VLA zusammen ein gemeinsames Seminar zu Pfingsten durchgeführt haben.

Schließlich wurde am Pfingstmontag wieder ein neues Präsidium gewählt. Es stellt sich in dieser Ausgabe vor. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal im Namen des Verbandes bei allen ausgeschiedenen Mitgliedern des alten Präsidiums ganz herzlich für ihren langjährigen -teilweise über Jahrzehnte dauernden- Einsatz zum Wohle des VLA bedanken. Ein Dank gilt auch Peter Juling, der unter Mitarbeit von Dr. Michael Daemgen, einen „Überblick und Chronik 60 Jahre VLA“ (bearbeitete und ergänzte Fassung der Broschüre „50 Jahre VLA“, Bonn 2007) erstellt hatte, und nach dem Convent am Tür- ausgang des Seminarraums an die Teilnehmer verteilte.

Versäumen möchte ich nicht, den Hinweis zu geben, dass uns das Land Hessen aufgefordert hatte, zur Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) Stellung zu nehmen. Präsidiumsmitglied Dr. Matthias Bürger hat unter Einbeziehung der LHG diese Aufgabe für uns übernommen und ist auch der Einladung des Ministeriums zur mündlichen Stellungnahme am 16. Juli gefolgt. Unsere Stellungnahmen können Sie in diesem Rundbrief nachlesen.

Herzlichst



Ihre Brigitte Bremer

## BERICHT DER PRÄSES ÜBER DIE AMTS- ZEIT DES PRÄSIDIUMS 2013-2015

Mit diesem Bericht legt das auf dem 62. Convent in Erfurt gewählte Präsidium des Verbandes liberaler Akademiker e.V. Rechenschaft über seine Tätigkeit im zweiten Jahr seiner Amtszeit ab. Berichtszeitraum ist der 6. Juni 2014. bis 24. Mai 2015.

Am 29. Juni 2014 verlieh der VLA, vertreten durch meine Person und dem Vorsitzenden des Preiskomitees, Steffen Glöckler, die Auszeichnung „Liberale Studentengruppe des Jahres 2014“ anlässlich der Sommer BMV des LHG in Frankfurt am Main.

Im Jahre acht sind acht Bewerbungen eingegangen, was einen Bewerbungsrekord darstellt. Im vergangenen Jahr haben sich fünf Gruppen beworben, der Siebenjahresschnitt liegt bei vier. Alle Bewerbungen zeigen ein umfassendes Bild der jeweiligen Gruppe, ihre

hochschul- und allgemeinpolitischen Aktivitäten, ihre Mitarbeit in Gremien, die Interaktion mit anderen und nicht zuletzt das Gruppenleben. Auf Platz 1 wurden die Mannheim und auf Platz 2 die Frankfurter gewählt. „Liberale Studentengruppe des Jahres 2014“

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum insgesamt zehn Mal: sieben Telefonkonferenzen und drei Präsenzsitzungen. Der LHG Bundesvorstand war stets durch eine Vertreterin/eines Vertreters mit einbezogen worden. Nach der ersten Sitzung noch in Grünberg(nach dem Convent) traf sich das Präsidium in Frankfurt und Hannover zeitgleich zur BMV der LHG. In der BMV stellte sich das neue Präsidium und den VLA vor. Das traditionelle Regionaltreffen fand am 6. Februar 2014 – am Gründungstag des VLA- in

Bonn statt und wurde von Altpräses Steffen Glöckler organisiert. Peter Juling berichtete über die Motive der damaligen Gründung und Barthold C. Witte, Peter Menke-Glückert und Klaus Allerbeck ergänzten durch Beiträge.

Zu den satzungsgemäßen Funktionen haben die Präsidiumsmitglieder unter anderem Aufgaben in der Regionalbetreuung von Mitgliedern und örtlichen Liberalen Hochschulgruppen (LHG) übernommen. Altpräses Steffen Glöckler betreut weiterhin den regelmäßig stattfindenden Berliner Stammtisch, unterstützt durch Heike Moser. Der Vizepräses hat die Betreuung des Landesverband Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Alexander Bagus ist stark eingebunden in Würzburg und die Präses betreute Frankfurt und Stuttgart intensiver.

Der VLA war an Bundesparteitagen am LHG-Stand mit seinen neuen Werbemitteln vertreten. Schatzmeister Martin Worch betreut weiterhin zusätzlich zu seinen umfangreichen Tätigkeiten bei den Finanzen zusätzlich die Mitgliederdatei und die Seminarorganisation.

Die Zusammenarbeit mit VSA, VLA, LHG und FNF durch Treffen und Gespräche wurde wie im Vorjahr von der Präses und dem Präsidium gepflegt. Sowohl im Freiraum als auch in der neuen LP ist ein Aufruf der Zusammenarbeit mittels einer Anzeige abgedruckt.

### **Zeitschrift „Liberale Perspektiven“ und Mitglieder-Rundbrief**

Pünktlich und wie geplant erschien zu Weihnachten 2014 die 2. Ausgabe der LP nach dem neuen Konzept zum Thema „Arbeitsethik“. Die neue LP stößt auf große Zustimmung und die Grundüberlegung des neuen

Konzepts hat sich bereits bewährt. Der neu überarbeitete Rundbrief erschien nach dem Konvent 2014 und im Frühjahr 2015. Er wird an die Mitglieder, von denen wir eine E-Mail vorliegen haben, elektronisch verschickt. An rund 60 Mitglieder wird er noch postalisch verschickt.

### **Werbemittel**

Um für den Verband auf Bundesparteitagen, BMV und anderen Veranstaltungen besser werben zu können wurden weitere Werbemittel erstellt: Aufnahmeanträge, Visitenkarten und 2 weitere Roll-Ups.

### **Webauftritt**

Seit ca. Februar gibt es einen neuen Webauftritt, der auch nur für Mitglieder vorbehaltende Seiten aufweist. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, eine elektronische Freiheitsbibliothek aufzubauen.

### **Mitgliederveränderungen**

5 Mitglieder sind verstorben, 7 neue Mitglieder wurden aufgenommen. 12 Mitglieder sind ausgetreten oder durch die Ankündigung eines Schiedsgerichtsverfahrens ausgetreten. Insgesamt gehören jetzt rund 297 Seniorinnen und Senioren dem VLA an, davon 26 assoziierte Mitglieder.

### **Neues Büro**

Das neue Büro in der Westendallee 108 hat sich mittlerweile etabliert und funktioniert Dank der Unterstützung von Steffen Glöckler sehr gut.

### **60 Jahre VLA**

Die Vorbereitungen haben viel Zeit in Anspruch genommen und dazu gab es viele helfende Hände. Doch den größten Teil der Organisation hat Christian Schmelzer übernommen. Wir danken ihm dafür herzlich!

*Brigitte Bremer*

# BRÜCKEN IN DIE ZUKUNFT - NACHHALTIGKEIT ALS GRUNDPRINZIP

## PFINGSTSEMINAR DES VLA IN BERLIN

Unser diesjähriges Pfingstseminar beschäftigte sich mit einem Thema, das gerade für einige Consenioren des VLA nicht neu ist. Schon Anfang der 70er Jahre taten sich Mitglieder des VLA damit hervor, zukunftsweisende Beiträge zu diesem Thema zu schreiben. Der damals verwendeten Oberbegriffe waren „Umweltschutz und Ökologie“. Der allumfassende Begriff „Nachhaltigkeit“ drang erst später in das Vokabular der Umweltschützer ein. Damals hatte es die Freiheitliche Demokratische Partei nicht verstanden, das Thema Umweltschutz und Ökologie zu eins „ihrer“ Themen zu machen, obwohl es in die Freiburger Thesen einging. Eine andere Partei tat dies später: die Grünen. Sie entstanden u.a. aus einer Umweltbewegung heraus, die in den 70er Jahren anfang ihre Aktivitäten zu entwickeln und ab 1978 erstmalig an Landtagswahlen teilnahm. „Sozial, ökologisch und umweltbewusst“ war kurz ihr damaliger Slogan.

Für das Präsidium war das Aufgreifen des Themas „Nachhaltigkeit“ und ihre Bedeutung für Gesellschaft und Politik aus heutiger Sicht, somit ein großes Anliegen. Unsere Seminarteilnehmer erfuhren durch die Vorträge und praktischen Anschauungsbeispiele, die vielfältigen Definitionen und deren vielseitige Anwendung sowie die Bedeutung für unsere europäische Gesellschaft. Das Thema Nachhaltigkeit ist wichtiges Politikfeld der EU. Da bestimmte Probleme nur europaweit angegangen werden können, das nationale

Lösungen keine Lösungen in dem Zusammenhang sind.

Der erste Vortrag beschäftigte sich mit Nachhaltigkeit als politisches Konzept. Der Referent Lukas Köhler, Geschäftsführer des Zentrums für Umweltethik und Umweltbildung an der Hochschule für Philosophie München, leitete zunächst den Begriff aufgrund seiner historischen Bedeutung her. Des Weiteren definierte er „Nachhaltigkeit“ und die Bedeutung als „Grundprinzip“ für die jeweiligen politischen Richtungen. Ebenso gab er einen umfassenden Überblick der interdisziplinären Anwendungsfelder.

"Nachhaltigkeit in der Kommunalpolitik am Beispiel einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung. Ein Vergleich aus nationaler und internationaler Sicht" war der zweite Vortrag.

Dr. Ralf-Rainer Piesold, ehemaliger Hauptamtlicher Stadtrat für Städteplanung und Entwicklung der Stadt Hanau sowie Professor an der Frankfurt University of Applied Sciences, präsentierte an Hand von Graphiken globale Trends, wie der Zuwanderung, Abwanderung, Bevölkerungswachstum, Demographischer Wandel Deutschlands, Europas und zum Rest der Welt. Piesold legte dar, welche komplexen Aufgaben eine Kommune, unter gegebenen Rahmenbedingungen von Finanzen bis zur Einhaltung von nationalem und europäischem Recht heute zu lösen hat. Dabei stehen Städte im Wettbewerb zueinander. Wirtschaftsförderung ist

im Einklang zu bringen mit attraktives Wohnen. In Folge entstehen Ratings: für z.B. Smart Cities, Green Cities etc.

Was ist ein Rating? Ein Begriff den man ursprünglich aus der Bankenwelt kennt, nimmt nun auch Einzug in die Welt der Politik und Gesellschaft. Folglich war der Titel des dritten Vortrags "Nachhaltigkeitsrating - ein Ansatz zur Bewertung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft" Dr. Oliver Everling, Geschäftsführer der Rating Evidence GmbH, Gastprofessor der University of Economics, Peking, ehem. Aufsichtsratsvorsitzender der oekom research AG, Autor und Herausgeber von ca. 45 Büchern zum Thema Rating (u.a. Kommunales Rating, Mittelstandsrating), berichtete, dass er schon in seiner Dissertation mit Rating beschäftigte und damit in Deutschland der erste war, der das Thema Rating über die Bedeutung eines „Bond Rating“ hinaus, entwickelte. Am Beispiel der oekom research legt er dar, wie Standards für Umweltschutz und ethische Grundsätze entwickelt worden sind, wonach Unternehmen/Länder geratet werden. Es gibt einen erkennbaren Zusammenhang zwischen Einhalten von hohen ethischen Normen und erfolgreicher Unternehmensführung. Oder bezogen auf ein Land, bedeutet ein hohes Rating auch, dass die Menschenrechte gewahrt werden, somit eine Benchmark für den Grad der Demokratisierung.

Die Exkursion unter Leitung von Sven Oliver Wolff ging es zur ehemaligen Berliner Mauer. Berlin ist ein gutes Beispiel für eine Anforderungen an eine erfolgreiche Städteplanung unter der Berücksichtigung der Nachhaltigkeit: Berlin wurde 1945 in Sektoren eingeteilt. Nach der Gründung der DDR in 1949 folgte 1961 der Mauerbau. Bis 1989 waren Deutschland und seine Hauptstadt ge-

teilt. Die Stadtteile Ost und West entwickelten sich ganz unterschiedlich, da es zwei ganz unterschiedliche politische Regime gab. Für den Westen war Berlin seit 1949 nicht mehr Hauptstadt. Für den Osten blieb Berlin die Hauptstadt. Eine Mauer und ein Todesstreifen gingen mitten durch eine Stadt, wo einst das Zentrum Europas für Kultur, Kunst und Musik in den 20er Jahren war. Nach der Wiedervereinigung bestand für die Städteplaner nun die Herausforderung, zwei Städte wieder zu einer werden zu lassen und das historische Zentrum neu zu beleben, ohne dabei die durch die geschichtliche Entwicklung geschlagenen Wunden unkenntlich zu machen. Nach 26 Jahre lässt sich zusammenfassen: Berlin ist eine wieder wachsende und blühende Stadt, die Arbeitslosigkeit nimmt ab und internationale Firmen (Potsdamer Platz) siedeln sich an. Sowohl im German Green City als auch im European Green City Index (Studie von 2009) erreicht Berlin Platz einen überdurchschnittlichen Platz. Im Rahmen der Exkursion wurde der neugestaltete Bereich des Pariser Platzes mit dem historisierenden Hotel Adlon und den neu entworfenen Bauten der Akademie der Künste und der US-Botschaft, der Bereich des Holocaust-Mahnmals und des neu entwickelten Potsdamer Platzes, bei dessen Wiederaufbau bewusst auf historisierende Bezugnahmen verzichtet wurde, näher besichtigt. Gleichzeitig wurde die historische Bedeutung des Mauerstreifens durch Einspielen historischen Tondokumente über Kopfhörer erlebbar gemacht und so die bis heute nachwirkende Relevanz für die Entwicklung hin zu einer Gesamtstadt (Stichwort: „Mauer in den Köpfen“) verdeutlicht. Themen wie Gentrifizierung, öffentliche Freiräume und Verkehrsplanung wurden ebenfalls angesprochen, jedoch wegen der knappen Zeit nicht vertieft erörtert.

An unserem Festabend hörten wir zwei ausgezeichnete Vorträge zum Thema „Nachhaltigkeit“. Die ehemalige Bundesjustizministerin beleuchtete es unter dem Aspekt der: Digitalisierung - neue Herausforderung für die Selbstverantwortung. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wies in ihrem Festvortrag darauf hin, dass wir in einem Zeitalter der Digitalisierung leben und es an der Zeit ist, dass ein Umdenken in der Politik stattfindet. Rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen ist kein nationales Problem mehr, sondern ein europäisches. Der Gesetzgeber hat für Datenschutz zu sorgen, und die Firmen sind zu reglementieren. Auch die Kontrolle der Einhaltung liegt beim Staat. Aktuell wird die Verantwortung auf den Nutzer übertragen. Wer nicht möchte, dass seine Daten im Internet benutzt werden, soll diese dort nicht preisgeben. Doch dieser Einsatz ist überholt. Junge Menschen werden deswegen nicht aufhören mit der Zukunft zu gehen. Hier hat der Staat die Verantwortung zur Lösung zu übernehmen. Nur so ist eine Nachhaltigkeit zum Schutze der Persönlichkeitsrechte gegeben.

Nahtlos folgte Prof. Paulus auf die von Rede Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die heute im Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit tätig ist. Sein Thema war "Nachhaltigkeit des liberalen und demokratischen Rechtsstaats", Prof. Dr. Andreas Paulus, Bundesverfassungsrichter und Mitglied des ersten Senats, ging auf die jüngsten Urteile des Bundesverfassungsgerichts ein und begründete sie. Dabei verwendete er eine für Juristen typische, nach allen Seiten abwägende pro- contra Argumentation und achtete immer darauf, sowohl das nationale Recht auch das europäische Recht im Blick zu haben. Wichtig war ihm dabei, auf Entscheidungen einzugehen, die erstens von nachhaltiger Bedeutung für den deutschen

Rechtsstaat oder zweitens im Rahmen der Nachhaltigkeit rechtsbedeutend sind.

Nach einem gelungenen Festabend ging es am nächsten Morgen mit dem Bericht der Liberalen Hochschulgruppen weiter. Selbstverständlich unter dem Aspekt "Nachhaltigkeit in der Wissenschaft" Sascha Lucas, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der LHG, berichtete über die aktuellen Stand der Hochschulgesetzgebung und des Bologna-Prozesses. Darüber hinaus trug er vor, inwieweit die LHG ihrem Beitrag dazu leistet, in den gesetzlich vorgesehenen Gremien der wissenschaftlichen Fakultäten vertreten zu sein. Dazu gehört die Präsenz einer LHG an möglichst vielen Universitäten, an demokratischen Entscheidungsprozessen wissenschaftlicher Hochschulen teilzuhaben und inhaltlich mitzuwirken. Die liberalen Hochschulgruppen sind an 70 deutschen Universitäten aktiv. Der Bundesvorstand nimmt auch an den europäischen Treffen der Lymec teil und ist im dortigen Vorstand vertreten.

Eine ganz andere Sichtweise auf das Thema „Nachhaltigkeit“ nahm Dr. Andrea Wels vor mit "Nachhaltigkeit im Spiegel des „Ichs“ - eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensplanung im Rahmen der gesellschaftlichen Bedingungen". Dr. Andrea Wels, ausgebildete Trainerin mit Führungserfahrung in internationalen Konzernen und Inhaberin von my-placement setzte sich kritisch mit der Lebensplanung (Berufswahl, Werdegang) auseinander. Der Vortrag stand unter der Fragestellung, ist es möglich, eine Berufswahl zu treffen, die meiner „Berufung“ und in gewisser Weise auch einer nachhaltigen Lebensplanung gleichkommt? Gesellschaftliche Rahmenbedingungen führen zu Wegen, die eingeschlagen werden, die der eigenen Vorstellung im Nachhinein „im Spie-

gel des Ichs“ nicht entsprechen. An Hand einer kleinen Übung konnten die Teilnehmer ihre eigene Bedürfnispyramide für die Lebensplanung entwickeln.

Unser letzter Vortrag, bevor es zum Ökowerk Berlin ging, beschäftigte sich mit "Nachhaltiges Handeln im Unternehmertum" Dipl. Geologe Holger Hillen, Abteilungsleiter der HPC AG (das international führende Ingenieurunternehmen im Umweltbereich), berichtet über die Tätigkeit des Unternehmens, führte praktische Beispiele an, was es heute bedeutet, beratend tätig zu sein, damit Unternehmen nachhaltig handeln oder Projekte in Auftrag von Regierungen durchgeführt werden, damit Umweltschäden vermieden oder beseitigt werden. HPC ist im Bereich Flächenrecycling, Umweltberatung und Infrastrukturberatung tätig. Der internationale Wettbewerb und die sich verändernde Einstellung der Verbraucher führen dazu, dass immer stärker die Nachhaltigkeit im Unternehmertum einzieht.

Unsere Exkursion führte uns zum Ökowerk Berlin, was von der EU gefördert wird und beispielhaft ist für den Wasserschutz. Dieser Seminarteil stand unter der Überschrift "Europa vor Ort: Begehung von und Begegnung mit dem Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin am Teufelssee". Dr. Johann-Wolfgang Landsberg-Becher ging in seinem Vortrag auf die Geschichte des ehemaligen Wasserwerks und die Bedeutung für die Wasserversorgung Berlins ein. Danach sahen wir uns

das alte Wasserwerk an und Dr. Landsberg-Becher war unermüdlich bei der Erläuterung der damaligen Technik. Anschließend wurde das ökologische Gelände mit Biotop, Sumpf und Kräutergarten besichtigt. Zum Abschluss wies Landsberg-Becher noch auf die heutige Bedeutung des Ökowerks und ihrem Alleinstellungsmerkmal in Fragen Wasserschutz ein.

Zeitgleich fand zur Exkursion zum Ökowerk ein Vortrag über das Schicksal der Liberalen in Großbritannien statt. Mike Thornton war bis zu den Wahlen Anfang Mai 2015 Mitglied des Unterhauses für die Liberalen Demokraten gewesen. Sein knapper Wahlsieg in Eastleigh bei einer Nachwahl hatte den unaufhaltsam erscheinenden Aufstieg der europafeindlichen UKIP gestoppt. Er erläuterte die wechselhafte Geschichte der traditionsorientierten Liberalen Partei vor und nach der Fusion mit Sozialdemokraten, welche die Labour Party verlassen hatten. In der angeregten Unterhaltung (in englischer Sprache; ohne Übersetzung) mit den ca. 20 Teilnehmern erklärte er die Gründe des Triumphs der Konservativen und der auf 8 Mandate geschrumpften LibDems bei der Unterhauswahl sowie die regionalen und kommunalpolitisch bedingten Abweichungen vom nationalen Trend. Beherrschendes Thema war die Zukunft Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft und die Bedeutung des Referendums, das bis Ende 2017 durchgeführt werden soll.

*Brigitte Bremer*

# DAS NEUE PRÄSIDIUM STELLT SICH VOR

BRIGITTE BREMER (PRÄSES) wurde 1959 in Krefeld geboren. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten BWL der Banken, Organisationslehre und Sozialpsychologie an den Universitäten Paderborn und Köln. Sie arbeitete unter anderem als Direktorin im internationalen Bankwesen in Köln, London und Frankfurt. 2009-2012 leitete Sie die Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Nahmann-Stiftung. Heute ist sie selbstständig tätig.

SVEN-OLIVER WOLFF (1. VIZE-PRÄSES) wurde geboren am 15. Mai 1975 in Warburg/Westfalen. Nach Abitur und Zivildienst in einem Wohnheim für geistig behinderte Menschen 1995 Beginn des Studiums der Rechtswissenschaft in Bonn. Mitglied im Studierendenparlament, Senat und Ältestenrat der Studierendenschaft der Uni Bonn. Von 2004-2013 arbeitet er bei der Staatsanwaltschaft bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal, zuerst im allgemeinen, später im Jugenddezernat und schließlich im Dezernat für Organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Betäubungsmittel. 2013 Abordnung an die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf. Seit Ende 2013 Abordnung an das Bundesamt für Justiz in Bonn als Referent im Bereich Internationale Rechtshilfe im Strafrecht.

ALEXANDER BAGUS (2. VIZE-PRÄSES) ist Jahrgang 1983, Geburtsstadt München, mit deutlich süddeutscher Prägung, hat von 2006 bis 2010 in Würzburg Neuere und Neuste sowie Mittelalterliche Geschichte und Öffentliches Recht studiert und als Magister Artium abgeschlossen. Seit 2010 forscht er für seine Dissertation im Bereich der Frühen Neuzeit über Fragen der Kom-

munikation im Anschluss an den Dreißigjährigen Krieg. Beruflich ist er derzeit bei der Bundeswehr im Dienstgrad eines Hauptmanns tätig. Ab 2009 hat er sich bei der LHG Würzburg engagiert, war 2012 bis 2014 Landesvorsitzender der LHG Bayern, ungeplant ereilte ihn 2015 der Ruf zum Schatzmeister des Bundes-LHG. Dem VLA trat er 2013 bei, kurz darauf wurde er erstmals Präsidiumsmitglied. Auf dem Pfingstkonvent 2015 haben Sie ihn zu ihrem zweiten Vize-Präses gewählt. Er kümmert sich maßgeblich um den Rundbrief, arbeitet aber auch im Beirat der Liberalen Perspektiven mit.

MANUEL GAUL (SCHATZMEISTER) ist 33 Jahre alt, wurde 1982 in Lutherstadt Wittenberg geboren. In einer kleinen Stadt in der Nähe von Wittenberg aufgewachsen, anschließend Zivildienst in Dresden, in dem Haus, zufälligerweise in dem 10 Jahre vorher das Pfingstseminar stattgefunden hatte. Ab 2001 hat er Jura an der Universität Passau studiert und – nach einem kurzen Ausflug an die Katholieke Universiteit Leuven, Belgien – im Januar 2007 abgeschlossen. Während dieser Zeit war er in der LHG Passau aktiv und u. a. auch stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundesverbandes. Seit 2007 wohnt er in Aschaffenburg und – nach dem Zweiten Staatsexamen 2009 am hiesigen Landgericht – arbeitet als Angestellter der Bundesagentur für Arbeit, aktuell im Jobcenter Frankfurt am Main.

BENEDIKT NIKOLAUS BENTE (SCHRIFTFÜHRER) wurde 1988 in Erlangen geboren und wuchs im fränkischen Bamberg auf. Nach seinem Bachelor in Geschichte und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin

---

studiert er nun an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der TU Darmstadt den Master "Politische Theorie", in dessen Rahmen er auch ein Erasmussemester an der Karls-Universität Prag absolvierte. Nebenbei ist er im Marketingbereich einer internationalen Anwaltskanzlei tätig. Mehrere Jahre war er im Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen (LHG) aktiv, erst als stellvertretender Bundesvorsitzender für Organisation und später als International Officer. Dem VLA gehört er seit 2010 an und engagiert sich auch im Beirat der Liberalen Perspektiven. Seine inhaltlichen Schwerpunkte liegen in der Politischen Philosophie, der Ideengeschichte, der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte, sowie die Außen- und Bildungspolitik.

DR. MATTHIAS BÜGER (BEISITZER), Jahrgang 1969, ist Mathematiker und hat an der Justus-Liebig-Universität in Gießen promoviert und habilitiert. Seit dem Jahr 2000 ist er im Technologiebereich einer großen deutschen Bank tätig. Erste politische Erfahrungen sammelte er in der Gießener LHG, in-

zwischen ist er an zahlreichen Stellen politisch aktiv. So ist Büger Mitglied des Kreistages im Lahn-Dill-Kreis, Vorsitzender der FDP-Stadtverordnetenfraktion in Wetzlar, Kreisvorsitzender der FDP Lahn-Dill und Landesschatzmeister der FDP Hessen. 2009-14 war er Mitglied des Hessischen Landtages und dort Sprecher für Hochschule, Forschung und Technologie. Er leitet den FDP-Landesfachausschuss Wissenschaft und Kunst und kümmert sich für seinen Arbeitgeber um die Kontakte zu Hochschulen. Büger lebt mit seiner Frau und seinen zwei Kindern in Wetzlar.

CHRISTIAN SCHMELZER (BEISITZER) wurde 1987 in Zeitz geboren. Er ist Evangelischer Theologe und studierte an der Universität Leipzig und an der Humboldt Universität zu Berlin. Er arbeitet an seiner Doktorarbeit im Fachbereich Systematische Theologie/Ethik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sittengeschichte der Bundesrepublik, Sexual- und Partnerschaftsethik, Sexualpädagogik, Gendertheorie und postanalytische Sprachphilosophie.

## **EHRUNG DER LIBERALEN STUDENTENGRUPPE DES JAHRES 2015**

Nachdem ich aus Anlass des 60. Gründungstags des Verbandes liberaler Akademiker einige Mitglieder erwähnt habe, möchte ich zur eigentlichen Ehrung übergehen: Der Verleihung der Auszeichnung „Liberaler Studentengruppe des Jahres 2015“. Die Auszeichnung wurde ebenfalls anlässlich eines Jubiläums gestiftet, und zwar zum 20jährigen Bestehen des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen im Jahre 2007, und

wird jährlich alternierend beim Pfingstseminar des VLA und bei der Sommer-Bundesmitgliederversammlung des LHG verliehen. In den vergangenen acht Jahren hat sich jeweils eine unterschiedliche Anzahl liberaler Hochschulgruppen um die Auszeichnung beworben, der Schnitt lag zwischen vier und fünf Gruppen, die alle dem Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen oder zumindest einem sei-

ner Landesverbände angehörten. In diesem Jahr haben sich vier Gruppen beworben, die die Vielfältigkeit liberalen studentischen Engagements an den Hochschulen widerspiegeln.

Beginnen möchte ich mit der Gruppe LHG Niederrhein, die erst seit kurzem besteht und gleich zu Beginn ein aktives Mitglied an den Bundesvorstand „ausleihen“ musste. Gleichwohl ist die Gruppenarbeit stabil und die Niederrheiner LHGler haben Wahlergebnisse erzielt, von denen andere Gruppen, aber auch andere liberale Organisationen, derzeit nur träumen können. - Die Gruppe Bamberg hingegen ist schon seit längerem tätig und verknüpft hochschulpolitische mit kommunalpolitischen Anliegen. Einen Arbeitsschwerpunkt hat sie im Kampf gegen die Sperrstunde gesetzt, konnte aber bislang noch keinen endgültigen Erfolg erzielen. Es ist schon bezeichnend, dass es überhaupt noch Sperrstunden gibt und dass sie nicht sang- und klanglos abgeschafft werden, wenn ein entsprechender Vorschlag gemacht wird.

Jetzt darf ich die Vertreter der LHG Würzburg nach vorne bitten. Die LHG Würzburg war bereits einmal Trägerin der Auszeichnung "Liberale Studentengruppe des Jahres" und besticht weiterhin durch gute Sacharbeit, das Bekennen liberaler Standpunkte an der Hochschule und in der Stadtgesellschaft sowie eine breite Vernetzung mit den anderen liberalen „Familienmitgliedern“ in Würzburg. Diesmal hat es nicht zum ersten Preis gereicht, aber die LHG Würzburg hat sich - wie auch die LHG Niederrhein und die LHG Bamberg - einen Anerken-

nungspreis in Form von Seminargutscheinen verdient. Und da Vertreter der Gruppe heute anwesend sind – das ist eine Voraussetzung für alle materiellen Preise –, kann ich die Gutscheine übergeben, was ich gern tue.

Aller guten Dinge sind drei, könnte man der diesjährigen Preisträgerin zurufen, deren Vertreter ich nunmehr nach vorn bitte. Die LHG Frankfurt am Main hat sich zum dritten Mal in Folge beworben, und erhält nach einem ganz knappen zweiten Platz im vergangenen Jahr im Jahr 2015 die Auszeichnung „Liberale Studentengruppe des Jahres“. Hiermit würdigt das siebenköpfige Preiskomitee, bestehend aus je drei Vertreterinnen und Vertretern des VLA und des LHG unter dem Vorsitz eines ehemaligen Präsidiumsmitgliedes des VLA, die kontinuierliche Wahrnehmung studentischer Interessen in einer liberalen Diaspora-Umgebung und das Kümmern, um so sperrige Themen wie das Studentische Wohnen, das das Bohren dicker Bretter verlangt, will man es nicht bei Parolen belassen. Ich darf jetzt unsere Frau Präses Brigitte Bremer bitten, die Urkunde sowie die fünf Seminargutscheine zu unterzeichnen und zu übergeben. Das Preisgeld in Höhe von 250 Euro wird unser Schatzmeister an das Gruppenkonto überweisen.

Der VLA ermuntert alle liberalen Studentengruppen, sich auch im nächsten Jahr, in dem der Preis zum zehnten Male verliehen wird, zu bewerben!

*Steffen Glöckler,*  
Vorsitzender der Jury

# NEUES VOM LHG

## ALEXANDER SCHOPF ZUM NEUEN LHG-BUNDESVORSITZENDEN GEWÄHLT

Am Samstag, den 26. Juni 2015, versammelten sich die Mitgliedsgruppen des LHG-Bundesverbandes in Düsseldorf, um ihre halbjährliche Bundesmitgliederversammlung (BMV) abzuhalten. Dabei wurde ein komplett neuer Bundesvorstand gewählt, nachdem der bisherige Bundesvorsitzende Sascha Lucas und die übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes zurückgetreten waren. Sascha Lucas, dessen ausgesprochen freundliche Worte beim Festakt zum 60. jährigen Jubiläum des VLA in Berlin noch vielen in Erinnerung sein dürften, gab persönliche Gründe für seinen überraschenden Rücktritt an.

In der Wahl zum Vorsitzenden des liberalen Hochschulverbandes setzte sich der Promotionsstudent Alexander Schopf (LHG Stuttgart), langjähriger Landesvorsitzender der LHG Baden-Württemberg, im zweiten Wahlgang gegen einen Gegenkandidaten durch. Er ist seit vielen Jahren Mitglied unseres Verbandes und hat das Pfingstseminar 2012 in Stuttgart tatkräftig unterstützt. Auch der neue Schatzmeister des LHG ist uns bestens vertraut. Alexander Bagus, Promotionsstudent und ehemaliger Landesvorsitzende der LHG Bayern, der mit überragender Mehrheit in den Bundesvorstand gewählt wurde, gehört auch dem VLA-Präsidium seit dem letzten Konvent als

Vizepräses an. Komplettiert wird der Vorstand durch den Gießener Studenten Christian Krauss, der die Programmatik gestalten wird, Linus Junginger von der LHG Mainz, der nun für Organisation verantwortlich ist, sowie dem Pressesprecher Micha Fertig (LHG Niederrhein). Für das Amt des International Officers, der für die Verbindung der Liberalen Hochschulgruppen über Deutschland hinaus zuständig ist, setzte sich Benjamin Roth knapp gegen die Amtsinhaberin durch.

Auch programmatisch setzte der LHG in Düsseldorf auf Neuerungen, so zum Beispiel mit einem Beschluss zu einer studentischen Willkommenskultur, die Flüchtlingen den Zugang zu Sprachkursen öffnen soll. „Die Hochschulen können und müssen an dieser Stelle einen entscheidenden Beitrag für Flüchtlinge leisten, damit sich diese noch besser in unsere Gesellschaft integrieren können“, forderte Alexander Schopf. Außerdem dankte er den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihr Engagement.

Diesem Dank schloss sich Brigitte Bremer für den VLA an und erklärte weiterhin, sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Bundesvorstand zu freuen.

*Sven-Oliver Wolff*

## LHG HS NIEDERRHEIN ERREICHT 19,9% – BESTES ERGEBNIS NRW-WEIT

Anfang Mai fanden an der Hochschule Niederrhein (Krefeld und Mönchengladbach) die Wahlen zum Studierendenparlament statt. Die Liberale Hochschulgruppe konnte mit einem starken Wahl-

kampf hochschulweit 19,9% der Stimmen erreichen und zieht damit mit sechs Mandatsträgern in das neue Studierendenparlament ein.

*Sven-Oliver Wolff*

## STELLUNGNAHME DES VLA ZUR NOVELLE DES HESSISCHEN HOCHSCHULGESETZES

Zunächst bedanken wir uns dafür, zur Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes (HGG) eine Stellungnahme abgeben zu dürfen.

Der Verband Liberaler Akademiker (VLA) begrüßt, dass die Novelle das HHG in wesentlichen Teilen nicht verändert. So wird insbesondere dafür Sorge getragen, dass der erreichte hohe Grad der Autonomie der hessischen Hochschulen gewahrt bleibt. Positiv ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Hochschulräte auch weiterhin eine starke Stellung inklusive Entscheidungsbefugnissen besitzen. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass bei der Präsidentenwahl die Balance zwischen Hochschulrat und Senat aufgegeben wurde. War es bislang Aufgabe des Hochschulrates, einen Vorschlag zu unterbreiten, und die des Senats, über die Vorschläge abzustimmen, so geht das Vorschlagsrecht nach dem vorgelegten Entwurf auf eine Findungskommission von Hochschulrat und Senat über, die Wahl bleibt jedoch alleiniges Recht des Senats. Konsequenter wäre gewesen, entweder bei der bisherigen Regelung zu

bleiben oder Wahlen in beiden Gremien vorzusehen. Auch wurden Erfahrungen aus dem TUD-Gesetz, das den Hochschulräten ein Veto-Recht bei der Berufung von Professoren einräumt, nicht in das HHG übernommen.

Wenig Impulse liefert der Entwurf bei der Weiterentwicklung der Hochschulautonomie. So wäre eine Übertragung der Bauträgerschaft sowie der Dienstherreneigenschaft auf den Präsidenten konsequente Schritte gewesen, die – zumindest als Option der Hochschule – die Autonomie erweitert hätten.

Begrüßt wird die in der Novelle vorgesehene Einführung von „tenure tracks“, wie sie bereits in anderen Bundesländern üblich sind (z.B. in Bayern). Der Gesetzgeber sollte jedoch die Situation beobachten und sicherstellen, dass nicht durch eine zu große Quote von Hausberufungen der notwendige wissenschaftliche Austausch behindert wird.

Ausdrücklich begrüßt werden die Offenlegung der Mitglieder des geschäftsführenden Organs der Studierendenschaft und deren Aufwandsentschädigungen (§78 (4)). Es ist

indes sehr bedauerlich – dieser Hinweis sei gestattet – dass es dieser Klarstellung im Gesetz bedarf und diese Informationen nicht ohnehin schon an allen Hochschulen freiwillig zur Verfügung gestellt werden. Wir begrüßen ferner, dass die Organe der Studierendenschaften durch die Änderung von §78 (2) HHG gestärkt werden und dass das Studierendenparlament in Zukunft Anträge zum Budgetplan der Hochschule einbringen kann.

Die größten Änderungen in der Novelle betreffen die Fachhochschulen, die zunächst mit einem neuen Namen versehen werden. Ob diese Namensänderung im Gesetz notwendig war, erscheint zweifelhaft, zumal der Begriff der Fachhochschule ein landesweit eingeführter Terminus war, der ohne Not aufgegeben wird. Den Fachhochschulen stand es auch bisher schon frei, sich einen Namen wie z.B. „Technische Hochschule xy“ zu geben, der den Begriff „Fachhochschule“ nicht mehr beinhaltet. Ernsthafte inhaltliche Zweifel gegen wir gegen die Übertragung des Promotionsrechts an Fachhochschulen. Das Promotionsrecht ist konstitutionell für eine Universität.

Daher schwächt die Novelle in erheblicher Weise die Rolle der Universitäten, ohne dass dies mit Blick auf die Fachhochschulen erforderlich gewesen wäre.

Bereits zuvor war eine Promotion eines Fachhochschulabsolventen in Kooperation mit ei-

ner Universität möglich. Soweit Zweifel bestehen sollten, dass Universitäten zu einer solchen Kooperation bereit gewesen wären, wäre eine Klarstellung, dass Universitäten eine solche Kooperation nur in begründeten Fällen ablehnen können, ausreichend gewesen.

Gerade die Diskussion um Doktorgrade, die unter zweifelhaften Bedingungen errungen und zum Teil aberkannt wurden, hat gezeigt, dass der Gesetzgeber gut beraten ist, Maßnahmen zu ergreifen, um die Qualität von Doktorarbeiten nachhaltig zu sichern und die Vergabe eher restriktiver als einfacher zu gestalten. Der hier eingeschlagene Weg einer Öffnung birgt erhebliche Gefahren.

Eine mögliche Ausweichreaktion könnte zudem darin bestehen, dass Personen, die an einer Universität promoviert haben, sich in Zukunft „Universitätsdokter“ nennen, ähnlich wie es die Professoren mit der Bezeichnung „Universitätsprofessor“ vorgelebt haben.

Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse des Landes Hessen liegen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der VLA die genannten Passagen der HHG-Novelle noch einmal zu überdenken und gemäß den vorgestellten Überlegungen anzupassen.

# PROMOTIONSRECHT FÜR FACHHOCHSCHULEN

## FALSCHER ANTWORT AUF RICHTIGE FRAGE

Am 16. Juli fand im Hessischen Landtag eine Anhörung zur Novelle des Hochschulgesetzes statt, zu der auch der VLA geladen war. Größter Streitpunkt war die Stellung der Fachhochschulen. Neben der Umbenennung in "Hochschulen für angewandte Wissenschaften" sollen forschungsstarke Fachbereiche dieser ehemaligen Fachhochschulen ab dem Jahr 2016 ein Promotionsrecht erhalten. Während die Fachhochschulen die geplante Regelung begrüßen, laufen die Universitäten Sturm. Um was geht es im Kern? Das Promotionsrecht ist ein konstituierendes Element einer Universität. Durch dieses Recht hebt sie sich von anderen Bildungs- und Forschungseinrichtungen ab. Nachdem die Habilitation durch neue Formen wie Junior Professuren und Tenure Tracks zurückgedrängt worden ist, ist das Promotionsrecht das letzte verbliebene Recht, das ausschließlich den Universitäten zusteht. Weil die Heranbildung wissenschaftlichen Nachwuchses zentrale Aufgabe einer Universität ist, verfügt sie über einen wissenschaftlichen Mittelbau, der einerseits forscht und lehrt, andererseits sich selbst weiter qualifiziert. Zentrale Qualifikation ist die Promotion. Dies alles gibt es an anderen Bildungseinrichtungen nicht, auch nicht an Fachhochschulen. Dies hat dazu geführt, dass Fachhochschulen einzelne, hoch qualifizierte Absolventen verloren haben, wenn diese promovieren wollten. Daher erwuchs der verständliche

Wunsch, auch Möglichkeiten anzubieten, FH-Absolventen zu einem Doktorgrad zu verhelfen. Da das Promotionsrecht auf die Universitäten beschränkt war, gelang dies nur in Kooperation mit einer Universität.

In dieser Situation würde kein Handlungsbedarf bestehen, wenn die Universitäten, die am längeren Hebel sitzen, beim Eingehen von Kooperationen in der Regel dem Wunsch der Fachhochschulen nachgekommen wären. An einzelnen Orten konnte ein gutes Miteinander gefunden werden. So ist Mittelhessen positiv zu erwähnen, wo die Technische Hochschule Mittelhessen (vormals FH Gießen-Friedberg) insbesondere mit der Justus-Liebig-Universität Gießen zusammenarbeitet, FH-Professoren zu Honorarprofessoren der Universität beruft und institutionalisiert Kooperationsplattformen anbietet. An anderen Stellen ist das Zusammenspiel weniger harmonisch. So musste sich eine hessische Fachhochschule erst Partner im Ausland suchen, um Promotionen zu ermöglichen. Der sich daraus ergebende Unmut wurde an die Politik herangetragen; die schwarz-grüne Koalition in Hessen reagierte mit einem eigenständigen Promotionsrecht für Fachhochschulen.

So berechtigt die Frage ist, wie Fachhochschulabsolventen der Zugang zur Promotion ermöglicht werden kann, so problematisch ist die Antwort. Im Gesetz steht, dass "forschungsstarke" Fachbereiche das

Promotionsrecht erhalten – kein Wort darüber, wie Forschungsstärke gemessen werden soll, keine Regelung, wie das Recht bei Wegfall der Voraussetzungen wieder entzogen werden kann, keine Aussage auch zu den Institutionen, die die Forschung beurteilen sollen. In der Anhörung sprachen sich die Fachhochschulen schon einmal dagegen aus, dass der Wissenschaftsrat diese Beurteilung durchführen soll. Dieser sei wegen einer kritischen Stellungnahme zum Promotionsrecht für Fachhochschulen nicht neutral. Es ist zu befürchten, dass Institutionen gesucht werden, die den Fachhochschulen gewogen und bei der Feststellung der Forschungsstärke großzügig sind.

Das alles birgt die Gefahr, dass am Ende die Qualität leidet, wo doch gerade aufgrund manchen bedauerlichen Missbrauchs der bereits bestehenden Promotionsmöglichkeiten eher eine Qualitätssicherung angebracht gewesen wäre.

Darüber hinaus ist auch das Argument der Universitäten nicht von der Hand zu weisen, dass mit dem Promotionsrecht über den Wesenskern der Universität verfügt wird. Die Sprecherin der hessischen Universitäten, die Marburger Präsidentin Prof. Krause, sprach in diesem Zusammenhang von einem Dammbbruch und ihr Darmstädter Kollege Prof. Prömel ergänzte, dass er befürchte, dass im

nächsten Schritt auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft oder gar die Forschungsabteilungen großer Unternehmen mit Verweis auf ihre Forschungsstärke ein Promotionsrecht einfordern könnten. Die Bahn wäre frei für eine Titelschwemme. Wo aber jeder einen Dokortitel hat, das ist er entwertet. Der nächste Schritt wäre dann vermutlich die Streichung des Doktors als Namensbestandteil. Vielleicht würden sich die Universitäten rächen, indem ihre Promovierten sich dann als "Universitätsdoktoren" bezeichnen, ähnlich wie es bei den "Universitätsprofessoren" bereits Gang und Gäbe ist. Wollen kann das ernsthaft niemand.

Das Promotionsrecht für Fachhochschulen ist daher die falsche Antwort auf eine richtige Frage. Es richtet mehr Schaden an, als es nutzt. Was wir brauchen, sind sinnvolle und praktikable Wege für kooperative Promotionen – gerne auch mit gesetzlichem Druck auf die Universitäten, damit sich diese der Zusammenarbeit nicht entziehen können. Unser Hochschulwesen lebt von der Differenzierung, die Einheitshochschule kann niemand wollen. Die Promotion ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen den Hochschulformen. Und das sollte auch so bleiben.

*Dr. Matthias Büger*

# HERZLICH WILLKOMMEN!

Seit dem Rundschreiben 2-2016 begrüßen wir folgende neue Consenioren. Wir freuen uns sehr, dass sie unsere Reihen bereichern. Das gesamte Präsidium sagt: Herzlich willkommen beim VLA!

## Studenten und Promovenden

Moritz Asbrand, Düsseldorf  
Sebastian Bur, Frankfurt  
Julia Ewerdwalbesloh, München  
Karl Funk, Augsburg  
Christian Krauss, Gießen  
Markus Kretzler, Wettstetten

## Vollmitglieder

Dietmud Münster, Neustadt a. Rbge.  
Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Andreas Paulus, Göttingen  
Rosemarie Wetzler, Schönberg

## NACHRUF WOLFGANG MACHNIK

Beim gemütlichen Abendausklangbier – es war wieder einmal ein gelungener Convent – fiel es uns beiden Senioren beim besten Willen nicht mehr ein, welche F.D.P.-Papiere (damals noch mit den Punkten!) wir seinerzeit in den frühen 70igern auftragsgemäß hin und her gewendet hatten: er, der erfahrene Hamburger Werbeprofi und Marktforscher und ich, der vergleichsweise junge FDP-Angestellte...

Die Wolfgang Machnik aber schon damals einprägsam ins Gesicht gezeichnete charmante Freundlichkeit, ja Liebenswürdigkeit waren und blieben – und bleiben – uns allen, die ihn kannten, im Gedächtnis, wann immer Gedanken und Gespräch auf ihn kamen. Leider wohl viel zu selten. Denn jetzt gibt es nur noch das Gedenken.

Sein Tod kam für uns, nach einer kurzfristig angesetzten Operation, dann doch ganz plötzlich. Fast 87 Jahre ist er geworden. Und er strahlte doch immer – wenn er auf einem

Convent erschien – Vitalität, Unternehmungsgeist und eine kreative, ziemlich unbändige Lebensfreude aus! Dabei hatte er schon ein überreich gefülltes Leben hinter sich, welches er aber dennoch unermüdlich weiter aufzufüllen schien... Ganz sicher für ihn und die, die mit ihm waren, eine lebenslange Herausforderung.

Geboren 1928 im polnischen Siemianowice bei Kattowitz als Kind einer deutschen Mutter und eines polnischen Vaters, strandete auch er, wie so viele seiner Generation, in dramatischen Kriegswirren und abenteuerlicher Flucht nach Rest-Deutschland. Das hat wohl tiefe Spuren hinterlassen, aber – gesprochen darüber hat er nicht.

Abitur machte er in der Folge 1947 in Greiz, in der damaligen „SBZ“, dem heutigen Thüringen. Sein anschließendes Volkswirtschaftsstudium schloss er 1953 als einer der ersten Studenten an der Freien Universität

Berlin (FU) mit dem Diplom ab. Hierhin gehört vielleicht auch schon der Hinweis, dass er später erfolgreich in einer der renommiertesten deutschen Werbeagenturen arbeitete und ein in Hamburg – seiner Wahlheimat – bekannter Marktforscher war. Auch deshalb holte sich die Bundespartei immer wieder gern seinen Rat (s.o.).

---

Liberal durch und durch – in seiner Haltung, seinen politischen Überzeugungen und durchaus auch in seiner persönlichen Lebensführung – trat er bereits mit 22 Jahren, am 1. Dezember 1950, der FDP bei.

Leicht vorzustellen, dass ihn die Erfahrungen von Krieg und Flucht, im Nachkriegs-Mitteldeutschland und im gärenden Berlin Anfang der 50iger Jahre, wesentlich dazu bewogen haben. Seine politischen Ziele setzte er sich dabei bewusst realistisch, insoweit wohl ein nicht untypischer Vertreter der sogenannten „Kriegskinder-Generation“. Er wollte in und mit „seiner“ FDP die Lebenswirklichkeit der Bürger „seiner“ Gemeinde Schenefeld bei Hamburg überdurchschnittlich positiv gestalten; nicht primär als Mandatsträger, wohl aber als professionell ausgewiesener „Strippenzieher“, inhaltlicher und werblicher Gestalter einer ausgeklügelten bürgernahen Politik. Die insoweit dann plausiblen, ungewöhnlichen Wahlerfolge für (s)einen FDP-Ortsverband waren ihm Genugtuung – genug.

Gesellschaftlich und bürgerschaftlich engagierte Wolfgang Machnik sich darüber hinaus – fast ist man versucht zu sagen natürlich – ungewöhnlich vielfältig. Hier sei beispielhaft nur auf sein umfassendes Engagement in der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hamburg hingewiesen, die für ihn eine nicht wegzudenkende Brücke in seine „2.Heimat“ war, das von ihm so sehr geschätzte heutige EU-Land Polen!

Emotional verbunden fühlte er sich in späteren Lebensjahren, auch persönlich-familiär, sehr mit Spanien, das so nun zu seiner „3. Heimat“ wurde. Entsprechend es vielleicht auch seinem weiten Horizont und Herzen, dass er – dem Weltbürger gleich – das Meer (bei freier geographischer Auslegung) als immerwährende Verbindung zwischen Polen, Hamburg und Barcelona sah, das seine stürmische Phasen wie die seiner Nächsten begleitet und getragen, ja symbolisiert hatte, – so dass er deshalb für sich nichts anderes als eben eine Seebestattung wählen konnte?!

Wolfgang Machnik vergaß Freunde nicht, denen er einmal seine Aufmerksamkeit und Sympathie geschenkt hatte – wir werden ihn auch nicht vergessen.

*Reinhard Schmidt-Küntzel*

# IMPRESSUM

## Herausgeber

Verband Liberaler Akademiker, Seniorenverband liberaler Studenten e.V., Westendallee 108, 14052 Berlin. Gegründet 1955 in Bonn. Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, VR 23444, Finanzamt Berlin (FA für Körperschaften), Steuer-Nr. 27/680/58186, als gemeinnützige Körperschaft anerkannt.

## Redaktionelle Verantwortung

Alexander Bagus

## Präsidium

Brigitte Bremer  
(Präses),  
Sven-Oliver Wolff  
(Vizepräses),  
Alexander Bagus  
(Vizepräses),  
Manuel Gaul  
(Schatzmeister),  
Benedikt Bente  
(Schriftführer),  
Dr. Matthias Bürger  
(Beisitzer),  
Christian Schmelzer  
(Beisitzer)